

Liebe Mitglieder des Kreistages,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

meine zweite Amtszeit als Landrat ist leider geprägt von Krisen – der Corona-Pandemie, dem Ukraine-Krieg, Inflation, Auswirkungen des demographischen Wandels, Gas- und Strommangellage, Flüchtlingszugänge. Der terroristische Angriff der Hamas auf Israel und der so ausgelöste Krieg hat uns erschrocken und zutiefst betroffen gemacht. Die Auswirkungen sind auch in unserem Land unmittelbar spürbar und fordern uns auf, für die Werte unseres Grundgesetzes und unserer Demokratie entschlossen einzustehen. All das führt zu erheblichen Unsicherheiten in der Bevölkerung, zumal wir uns in großen Transformationsprozessen befinden und teilweise unklar ist, was das für die einzelne Person letztendlich bedeutet. Der Landkreistag attestiert, dass sich die Rahmenbedingungen für die kommunalen Haushalte zusehends verschlechtern werden.

Mit dem Haushalt 2024 setzen wir gemeinsam die Leitplanken für die Kreispolitik der nächsten Jahre. Die Voraussetzungen und Gegebenheiten hierfür könnten anspruchsvoller und ungewisser kaum sein. Fast jeden Tag werden von irgendwen aus der Bundes- und Landespolitik neue Wohltaten verkündet und die, die es bezahlen müssen, werden gar nicht gefragt. Dies führt dazu, dass der Handlungsspielraum für die Politik unseres Landkreises deutlich eingeschränkt wird.

Meine Damen und Herren, das Bild der Finanzsituation des Landkreises ließe sich so zusammenfassen: Fern von dem üblichen „Auf und Ab“ droht eine drastische Abwärts-spirale. Ich möchte allerdings auch betonen, dass wir dank einer seit vielen Jahren vorausschauenden Finanz- und Investitionspolitik immer noch handlungsfähig sind. Es gibt bei uns keinen Investitionsstau, aber auch in den guten Jahren wurde sparsam gewirtschaftet. Dies lässt uns heute noch vergleichsweise gut dastehen und gibt uns die Möglichkeit, auch in diesen turbulenten Zeiten noch zu investieren, da uns horrende Schulden noch nicht erdrücken.

Bevor ich einen kurzen Überblick über die Schwerpunkte des Haushalts 2024 gebe, möchte ich auf die Situation der Kliniken und die Auswirkungen auf den Kreishaushalt beziehungsweise die Kreisumlage eingehen. Im Haushalt 2024 sind insgesamt 17,1 Mio. € für unsere Kliniken eingeplant. Ein Wert, der noch nie so hoch gewesen ist und wegen der eminent hohen Investitionen in Mallersdorf auch nicht mehr so hoch sein wird. Es muss jedem klar sein, dass der Landkreis diese finanzielle Belastung nicht allein schultern kann und die Städte und Gemeinden über die Erhöhung der Kreisumlage ihren Beitrag dazu leisten müssen. Das müssen wir unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern erklären, die unsere Kliniken auch weiterhin zum Wohle der Bevölkerung erhalten wollen.

Eine pauschale Forderung nach einer gleichbleibenden Kreisumlage wird den sachlichen Notwendigkeiten und den zukünftigen Herausforderungen nicht gerecht. Unsere Verantwortung für die Kreiskliniken erfordert eine finanzielle Absicherung. So sieht solide Finanz- und Stabilitätspolitik aus! Ich sage ganz klar: Wer diesem Haushalt nicht zustimmt und als Mitglied dieses Gremiums die Verantwortung für die Kliniken nicht übernimmt, der ist gegen unsere Kliniken!

Mir ist bewusst, dass sich auch die Gemeinden in schwierigen Haushaltssituationen befinden. Ich bitte aber um Verständnis, dass wir – wie im Übrigen viele andere Landkreise – an einer Anhebung um zwei Prozentpunkte auf 49,0 Prozentpunkte nicht vorbeikommen. Wir haben dies mit Augenmaß und mit Weitsicht getan – und liegen damit nur knapp über dem Durchschnitt der niederbayerischen Landkreise, was die Prozentpunkte betrifft. Bitte schauen Sie sich bei anderen Landkreisen um, wo Erhöhungen von teilweise sogar 5 Prozentpunkten getätigt werden mussten.

Lassen Sie uns nun die wesentlichen Eckpunkte unseres Haushalts 2024 beleuchten.

Der Gesamthaushalt 2024 hat ein Rekordvolumen von rd. 150,8 Mio. €, bestehend aus dem Verwaltungshaushalt in Höhe von rd. 128,8 Mio. € und dem Vermögenshaushalt in Höhe von rd. 22,0 Mio. €.

Als wichtigste Kernbotschaften nenne ich:

- Anstieg der Umlagekraft um 3,2 % auf rd. 139,4 Mio. €
- Anstieg des Kreisumlagehebesatzes um 2,0 Prozentpunkte auf 49,0 %; aufgrund der gestiegenen Umlagekraft und Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes bekommt der Landkreis rd. 5,5 Mio. € mehr von den Gemeinden an Kreisumlage (insgesamt rd. 68,3 Mio. €)
- gleichbleibender Bezirksumlagehebesatz in Höhe von 20,0 %; bedeutet für den Landkreis Mehrausgaben in Höhe von 1,1 Mio. € (insgesamt rd. 27,9 Mio. €)
- um rd. 1,2 Mio. € erhöhte Schlüsselzuweisungen
- steigende Krankenhausumlage um rd. 0,7 Mio. €
- hohe Steigerung des Zuschussbedarfes bei der Jugendhilfe und moderate Steigerung bei den Sozialhilfebelastrungen
- weiterhin sehr hoher Mitteleinsatz für den Defizitausgleich des Kommunalunternehmens Kreiskliniken Bogen-Mallersdorf und Gewährung eines sehr hohen Investitionskostenzuschusses
- hohe Personalkostensteigerungen aufgrund des Tarifabschlusses
- hohe Investitionstätigkeiten im Hoch- und Tiefbau
- Rücklagenentnahme und Kreditaufnahme zum Haushaltsausgleich

Es würde nun den Rahmen einer Haushaltsrede und möglicherweise auch Ihre Geduld doch arg strapazieren, wenn ich an dieser Stelle alle relevanten Themen und Projekte, an denen mein Landkreisteam und ich arbeiten, vorstellen würde. Mit Blick auf die Vorberatungen und die übrigen Gremiensitzungen, in denen wir uns konstruktiv über die unterschiedlichen Herausforderungen austauschen, ist dies sicher auch zu verschmerzen. Lassen Sie mich daher nur einige wenige Aufgabenfelder herausgreifen – und einleitend dazu noch einmal zwei Dinge klarstellen, auf die ich dann auch gleich noch detaillierter eingehen werde:

Die Personalkostensteigerungen sind hauptsächlich im Tarifabschluss begründet und nicht in einem Aufwuchs an Stellen. Wir schauen uns den Stellenbedarf sehr genau an und agieren sehr verantwortlich.

Und die Steigerungen des Zuschussbedarfs bei der Jugendhilfe sind in allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen begründet. Jeder der sich die Mühe macht hinter die Kulissen zu schauen und z.B. dem Jugendhilfeausschuss beizuwohnen, der weiß das. Dies wurde bereits mehrfach ausführlich dargelegt und erklärt. Und ich darf in diesem Zusammenhang auch darauf verweisen, dass wir die freiwilligen Leistungen ganz genau ansehen und nicht einfach durchwinken.

Krankengrundversorgung – Kliniken

Bei unseren Kreiskliniken in Bogen und Mallersdorf unterstreiche ich an dieser Stelle, dass wir uns zu unseren Kliniken in kommunaler Trägerschaft bekennen. Da freut es mich, dass alle Fraktionen in ihren Beiträgen und in ihren Presseveröffentlichungen auch so dargestellt haben. Ich möchte diese Aussage nicht nur als politisches Bekenntnis verstanden wissen, sondern als wichtiges und wertschätzendes Signal an die Beschäftigten und die Geschäftsführung unserer Kliniken, die sich tagtäglich für die bestmögliche medizinische Versorgung unserer Einwohnerinnen und Einwohner einsetzen.

Wir stehen auch in schwierigen Zeiten als verlässlicher Partner zu unseren Kliniken!

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser alarmierend ist. Die unzureichende Krankenhausfinanzierung durch Bund und Land führt zu horrenden Defiziten, die schlussendlich durch die kommunalen Haushalte zu decken sind. Wir, die Landkreise, treten hier als unzuständige Ausfallbürger ein, was auch uns auf Dauer überfordert. Die Landkreise werden weiterhin in der Pflicht sein, anfallende Betriebsverluste auszugleichen. Hierfür stellen wir als Landkreis in diesem Jahr 9,1 Mio. € bereit.

Dringend notwendige Investitionen in die Bestandsgebäude und unausweichliche Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen führen zu weiteren finanzieller Anstrengungen, denen wir mit einem Investitionskostenzuschuss aus dem Kreishaushalt von 7,9 Mio. € nachkommen.

Sozial- und Jugendhilfe

Nun komme ich zu einem weiteren wesentlichen Einflussfaktor auf unseren Kreishaushalt – dem Sozial- und Jugendhilfehaushalt.

Bei den Sozialleistungen handelt es sich um gesetzliche Ansprüche, deren Auswirkungen auf den Kreishaushalt weder disponibel noch verhandelbar sind. Getrieben von gesetzlichen Ansprüchen und gesellschaftlichen Veränderungen steht dieser Bereich alljährlich im Fokus der Kreispolitik.

Gegenüber dem Vorjahr steigt unser Nettoressourcenbedarf für Soziales um 182 T € auf 3,1 Mio. €. Seit Jahren bewegen sich die Fallzahlen unserer Jugendhilfe auf einem hohen Niveau und lassen, in Kombination mit Entgeltsteigerungen sowie aufgrund komplexerer Problemlagen, den Mittelbedarf ansteigen.

Der Schwerpunkt der Ausgaben 2024 liegt wie immer im Bereich

- der Fremdunterbringung von Kindern (Heimerziehung und Vollzeitpflege)
- der Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte
- der ambulanten Hilfen für Familien als Präventionsmaßnahme
- der Jugendsozialarbeit und
- der Hilfen für Junge Volljährige.

Mit einem Zuschussbedarf in Höhe von 10,5 Mio. € haben wir dieses Jahr erstmals einen zweistelligen Millionenaufwand, was gewaltige Anstrengungen erfordert, sowohl finanziell als auch personell.

Wenn ich nun in Zeitungsveröffentlichungen von Haushaltssitzungen der Städte und Gemeinden lesen muss, dass der Landkreis diese Jugend- und Sozialhilfekosten nicht einfach auf die Kommunen abwälzen soll, dann zeugt dies von totaler Unkenntnis der rechtlichen Rahmenregelungen.

Die Ausgaben in diesem Bereich sind zum ganz großen Teil keine freiwilligen Leistungen des Landkreises, sondern müssen als gesetzlich durch Bund oder Land vorgegebene Pflichtleistungen getätigt werden, um nicht das Kindeswohl zu gefährden. Dabei gibt es keinen Spielraum. Das bitte ich anzuerkennen und wahrheitsgemäß an die Räte und die Bevölkerung wiederzugeben.

Und nun komme ich zum Personal:

Personal – Organisation – Digitalisierung

Unsere Verwaltung befindet sich in einem stetigen Wandel. Der „neue“ Normalbetrieb findet in Zeiten großer Volatilität, Unsicherheit und einer noch nie dagewesenen Komplexität statt. Ein Grund dafür ist die Zunahme der Aufgaben, Regelungen und Anforderungen, die uns Gesetzgeber, Ministerialverwaltung und Rechtsprechung beschicken. Das bedeutet, dass wir uns gut überlegen müssen, wie wir auf diese Entwicklungen reagieren. Nichtstun in der Hoffnung, dass München, Berlin oder Brüssel uns entlasten, erscheint mir jedenfalls keine zielführende Strategie zu sein.

Daher werden wir noch stärker als bisher Prioritäten setzen müssen. Gemeinsam mit meinen Mitarbeitenden möchte ich nach Aufgaben und Abläufen suchen, die idealerweise weggelassen, mindestens aber vereinfacht werden können. Wir wollen uns kontinuierlich verbessern und Effizienzpotenziale bergen. Ich bin davon überzeugt, dass wir der aktuellen Situation nur dann Herr werden, wenn wir selbst die Zügel in der Hand halten und gestalten.

Bevor wir einen Blick auf den Personalhaushalt werfen, ist es mir ein wichtiges Anliegen, meinen Mitarbeitenden zu danken. Für das uneingeschränkt große Engagement der Belegschaft unseres Landratsamts bin ich sehr dankbar. Mit Kompetenz, Einsatzbereitschaft und einer großen Portion Verantwortungsbewusstsein arbeiten wir tagtäglich am Erfolg unseres Landkreises.

Doch nun zu den Zahlen: Die Personalaufwendungen steigen um 11,9 % auf rund 32,23 Mio. €. Der außergewöhnliche Tarifabschluss und die Besoldungsentwicklungen machen nahezu 80 % des Personalmehraufwands aus.

Die Verwaltungsdigitalisierung und der Aufbau eines zentralen Bürgerservice sind ein Schwerpunkt unserer strategischen Ausrichtung. Nur wenn dies gelingt, werden wir bürgerorientierte Verwaltungsleistungen schnell erbringen können. Hintergrund ist, dass in den kommenden Jahren verstärkt Verwaltungsmitarbeitende in den Ruhestand gehen werden, ohne dass der Arbeitsmarkt die freiwerdenden Stellen adäquat nachbesetzen ließe. Gelingen kann der Transformationsprozess nur, wenn die zur Verfügung stehende Hard- und Software den Ansprüchen einer modernen Verwaltung entspricht und damit Leistungen medienbruchfrei ermöglicht. Hierdurch sind zwingend Effizienzgewinne zu realisieren. Für den Bereich Digitalisierung und Informationstechnologie werden im Haushalt 2024 insgesamt rd. 1,3 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Klimaschutz

Mit Blick auf die nachfolgenden Generationen kommt unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle zu, unsere begrenzten Ressourcen auf diesem Planeten zu erhalten. Durch die Schaffung einer vom Bund geförderten Stelle für die Klimaschutzkoordination haben wir unsere personellen Ressourcen für den Klimaschutz erweitert. Für die Umsetzung des Klimaschutzkonzepts und die Vergabe des Klimaschutzpreises haben wir rd. 60.000 € eingeplant.

Den eingeschlagenen Weg wollen wir konsequent weitergehen und hierbei spielt die Energiegewinnung aus Photovoltaik eine wichtige Rolle. Derzeit sind auf kreiseigenen Gebäuden sechs PV-Anlagen in Betrieb. Mit der Fertigstellung von drei weiteren PV-Anlagen in diesem Jahr machen wir den Landkreis fit für die Zukunft. Klimaschutz und damit verbundene Energiefragen spielen auch in einem weiteren Handlungsfeld des Landkreises eine Schlüsselrolle: der Mobilität und dem damit verzahnten ÖPNV.

Öffentlicher Personennahverkehr – ÖPNV

Der ÖPNV ist ein wichtiger Baustein für eine moderne Mobilität. Darum ist es erforderlich, den ÖPNV nicht nur auf die Schülerbeförderung auszurichten, sondern auch ein Fahrtenangebot für Jedermann zu haben. Der ÖPNV kann einen wichtigen Beitrag zum Erreichen des Klimaszziels im Verkehrssektor leisten. Der Landkreis ist sich dieser Aufgabe bewusst und investiert jährlich in den ÖPNV.

In diesem Jahr sind Ausgaben des Landkreises für den ÖPNV in Höhe von rund 5,15 Mio. € vorgesehen. Allerdings verbergen sich in dieser Summe auch die voraussichtlichen Ausgaben für die Ausgleichsleistungen anlässlich der Einführung des Deutschlandtickets, für die eine 100%ige Finanzierung durch Freistaat bzw. Bund vorgesehen ist. Abzüglich aller voraussichtlichen Einnahmen und Fördermitteln ist damit zu rechnen, dass der Landkreis rund 635.000 € als Eigenmittel ausgeben muss.

Diese Summe ist bedingt durch die zunehmenden Ausgleichsleistungen an die Busunternehmer, die aufgrund der gestiegenen Kosten immer mehr benötigt werden, und der neuen, zusätzlich eingeführten Buslinie (Linie 58), die täglich im Stundentakt zwischen Bogen und Viechtach verkehrt.

Außerdem sind erneut Gutachterkosten in Höhe von 60.000 € im Haushalt veranschlagt. Der Grund hierfür ist die Teilnahme an den Studien zur Untersuchung eines möglichen Verkehrsverbundes. Untersucht wird neben einer möglichen Erweiterung des Regensburger Verkehrsverbunds (RVV) auch eine mögliche Neugründung eines Verkehrsverbunds DonauWald für die Landkreise Straubing-Bogen, Deggendorf, Regen, Freyung-Grafenau, Passau, Dingolfing-Landau, Rottal-Inn sowie die Städte Straubing und Passau. Weiterhin sind Kosten für die gutachterliche Begleitung der Einführung eines On-Demand-Verkehrssystems eingeplant. Dieses soll als Variante des klassischen Rufbusses im Labertal und in der Urlaubsregion St. Englmar etabliert werden.

Meine Damen und Herren,
wir müssen im ÖPNV auch neue Wege denken und keine Barrieren im Kopf haben. ÖPNV endet auch nicht an Stadt- oder Landkreisgrenzen. Aber klar ist auch: Im ländlichen Raum werden die Voraussetzungen immer andere sein als in Ballungsgebieten. Deshalb gilt: Wir müssen in den ÖPNV investieren, aber auch in den Straßenbau.

Infrastruktur

Neben dem ÖPNV dürfen wir aber auch unsere Infrastruktur für den Individualverkehr und die Liegenschaften nicht vergessen. Die Planung für das Jahr 2024 sieht einen Haushaltsansatz für Tiefbaumaßnahmen, Deckenbaumaßnahmen und Radwegebau von rd. 3,9 Mio. € vor. Mit gezielten Investitionen in den Tiefbau schaffen wir Werte, die unser Kreisstraßen- und Radwegenetz nachhaltig verbessern. Exemplarisch nenne ich hier die Fertigstellung des Radweges über die Donaubrücke.

Beim Hochbau werden wir mit einem Budget von rd. 1,2 Mio. € unsere Kreisschulen und Verwaltungsgebäude unterhalten. Weitere 6,1 Mio. € werden wir in Hochbaumaßnahmen investieren.

Hiervon fließen rd. 50 % in die Gebäude der Kreisschulen. Unter anderem schließen wir im Jahr 2024 endlich die umfangreichen Sanierungsmaßnahmen am Hallenbad in Bogen mit rund 1,6 Mio. € und der Berufsfachschule Mitterfels mit rund 1,5 Mio. € ab. Des Weiteren können wir dieses Jahr die Erweiterung des Landratsamtes mit 2,5 Mio. € abschließen.

Schule und Bildung

Von der Schiene, über die Straßen und Gebäude kommen wir abschließend zu unseren Kreisschulen.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich John F. Kennedy zitieren:

„Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“

Ganz in diesem Sinne sollten wir uns ins Bewusstsein rufen, dass die Bemühungen zum Erhalt und Ausbau unserer Bildungsangebote die Chancen und Perspektiven der nächsten Generation maßgeblich beeinflussen werden. Dieser Einsatz für unsere

junge Generation lohnt sich allemal. Daher planen wir, 16,5 Mio. € für die 2.418 Schülerinnen und Schüler der kreiseigenen Schulen einzusetzen. Das sind knapp 11 % unseres Kreishaushalts. Geld, das aus unserer Sicht gut angelegt ist.

Für 2024 ist vorgesehen, alle noch offenen Maßnahmen aus dem „DigitalPakt Schule“ mit einem Förderhöchstbetrag von rund 1,02 Mio. € umzusetzen.

Seinen finanziellen Beitrag zu den Aufwendungen des Berufsschulverbandes leistet der Landkreis über die Berufsschulverbandsumlage. Diese erhöht sich 2024 um rd. 0,4 Mio. € auf 3,7 Mio. €.

Finanzielle Lage – Schlussbemerkungen

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Kreistags, der Haushalt, den ich Ihnen heute zur Beschlussfassung vorlege, ist vom Volumen her der bisher umfangreichste.

Er ist ein Haushalt, der leider nicht in die Zukunft gerichtet ist. Die Zuführungsrate erfüllt gerade noch die haushaltsrechtlichen Mindestanforderungen. Investitionen aus Mitteln der „freien Spitze“ sind nicht mehr möglich. Die Investitionen müssen komplett zu Lasten des Landkreises über Rücklagenentnahmen (insgesamt 6,5 Mio. €) und Kreditaufnahmen (insgesamt 5,9 Mio. €) finanziert werden. Die Verschuldung des Landkreises steigt auf rd. 9,8 Mio. € an.

Wir müssen die nächsten Jahre unser Haushaltsziel – keine Nettoneuverschuldung – wieder mehr in den Fokus richten, um eine verantwortungsvolle Finanzpolitik der Generationengerechtigkeit wieder fortzusetzen.

Ein „weiter so“ kann es nicht geben. Und deshalb prophezeie ich heute schon, dass wir nächstes Jahr wieder über eine Kreisumlageerhöhung diskutieren werden. Allerdings profitieren davon auch wieder unsere Gemeinden durch unsere Investitionen und Projekte vor Ort.

Zum Schluss bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit der Erstellung des Haushaltsplanes befasst waren. Dies gilt ganz besonders für unsere Kreiskämmerin, Frau Raml.

Danke auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei, den Abteilungsleitern/-innen sowie Sachgebietsleitern/-innen, die in gewohnt professioneller Weise ihre wichtigen Beiträge zum Gesamtwerk „Haushalt 2024“ geleistet haben.

Nochmals ein herzliches Dankeschön auch an Sie, meine Damen und Herren Kreistagskolleginnen und -kollegen. Sie haben den Haushalt eingehend beraten. Die Vorberatungen im Kreisausschuss sowie im Jugendhilfeausschuss waren wieder von großer Sachlichkeit geprägt.

Der Kreishaushalt 2024 wurde vom Kreisausschuss bereits am 4. März ausführlich vorberaten und mehrheitlich befürwortet.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich bitte um Ihre Zustimmung für den Haushalt 2024.

Vielen Dank!
(es gilt das gesprochene Wort)